

# **Warum ich am 24. September AfD gewählt habe**

oder

## **Es gibt keine Entschuldigung dafür, nicht AfD zu wählen**

**von Dr. L.**

Ich bin 60 Jahre alt, Arzt, konfessionslos und habe zwei erwachsene Kinder. Ich war Jahrgangsbester meines Gymnasiums und Stipendiat der Studienstiftung des Deutschen Volkes, verfüge über eine sehr gute Allgemeinbildung, spreche 5 Sprachen fließend und spiele mehrere Musikinstrumente. Meine Partnerin ist Afroamerikanerin, Schwiegertochter und Enkel sind jüdischen Glaubens. Ich war über jeweils mehrere Jahre Mitglied der SPD und der FDP.

Am 24. September habe ich mit voller Überzeugung AfD gewählt, ohne in irgendeiner sonstigen Weise mit dieser Partei verbunden zu sein. Ich habe damit auch ein Zeichen setzen wollen

- gegen die von den Systemparteien mit Unterstützung der Mainstreammedien in verantwortungsloser Weise herbeigeführte Migrationskatastrophe in Deutschland,
- gegen die maßlose Hetze der Systemparteien und der Mainstreammedien sowie des von ihnen aufgehetzten Mobs gegen diejenigen Bürger, die sich gegen diese Katastrophe zur Wehr setzen,
- gegen Fake News und den Missbrauch der Sprache durch gleichgeschaltete Medien zur Umsetzung durchsichtiger Manipulationsversuche.

Denn die ab Mitte 2015 von den Systemparteien verursachte Migrationskatastrophe ist aus folgenden 11 Gründen ein singuläres Ereignis in der deutschen Geschichte:

1. Die im September 2015 verfügte Öffnung der deutschen Grenzen für Hunderttausende von Wirtschaftsmigranten war eine autokratische Entscheidung der Bundeskanzlerin ohne jede demokratische Legitimation und unter Missachtung internationaler Abkommen, insbesondere des Dublin-Abkommens.
2. Dennoch sind dieser Entscheidung alle seinerzeit im Bundestag vertretenen Parteien ohne parlamentarische Beratung widerspruchslos gefolgt, obwohl die katastrophalen Auswirkungen bereits durch bloßes Nachdenken erkennbar waren. Die Abgeordneten dieser Parteien haben sich damit endgültig dem unter den Merkel-Regierungen etablierten „System Merkel“ unterworfen, in dem nicht das Parlament die Regierung kontrolliert, sondern die Regierung das Parlament. Wegen dieses historischen Versagens von CDU, CSU, SPD, Linken und Grünen werden diese Parteien als „Systemparteien“ bezeichnet.
3. Hunderttausende von Wirtschaftsmigranten, einschl. der Kriminellen und IS-Sympathisanten, wurden von den Systemparteien in bewusster Täuschung der

Öffentlichkeit sinnenstehend als „Schutzsuchende“ dargestellt. Das von allen Systemparteien gedeckte Vorgehen, Hunderttausende von Wirtschaftsmigranten trotz bewusster Verschleierung ihrer Herkunft durch Vernichtung ihrer Passdokumente ungeprüft ins Land zu lassen, stellt einen in der Geschichte einmaligen Rechtsbruch dar, der unbedingt rechtlich aufgearbeitet werden muss.

4. Insbesondere durch „Selfies“ der Kanzlerin mit Migranten und Willkommens-Feste für Migranten, die sich in Sekundenschnelle in die Herkunftsländer der Migranten verbreiteten, wurde wissentlich ein extremer Sogeffekt in Gang gesetzt mit den bekannten katastrophalen Folgen. Tausende von IS-Sympathisanten konnten als lebende Zeitbomben ohne Registrierung völlig ungehindert Deutschland infiltrieren und wurden dort von den linken Initiatoren einer „Willkommenskultur“ in grenzenloser Einfalt freudig begrüßt.
5. Die zur Verteidigung der Grenzöffnung von der Regierung mit Unterstützung der Mainstreammedien in die Welt gesetzte Falschbehauptung, die deutschen Außengrenzen könnten gegen einen Ansturm von Migranten nicht geschützt werden, hat einen massiven Vertrauensverlust weiter Teile der Bevölkerung in die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zur Folge gehabt.
6. Die damit de facto verbundene Einladung von Regierung und Mainstreammedien zur unkontrollierten Massenimmigration nach Deutschland hat den Brexit ausgelöst und zu einer tiefen Krise der Europäischen Union mit unabsehbaren Folgen geführt.
7. Die unkontrollierte Massenimmigration insbesondere von Hunderttausenden nicht integrationsbereiter muslimischer Männer weitet die Parallelgesellschaften aus, vergrößert die No-Go-Areas und führt zu einem deutlichen Anstieg der Kriminalität und insbesondere der Sexualverbrechen.
8. Die unkontrollierte Massenimmigration bildungsferner und daher nur schwer in den Arbeitsmarkt integrierbarer Muslime führt zu einer massiven Konkurrenz dieser Migranten mit den unterprivilegierten Teilen der einheimischen Bevölkerung, insbesondere den alleinerziehenden Müttern, um einfache Arbeitsplätze und preiswerten Wohnraum, wobei die einheimische Bevölkerung aufgrund der schier unbegrenzten staatlichen Förderung der Migranten gezielt abgehängt wird.
9. Die Allokation der gigantischen Summe von 1.000 Milliarden Euro für die Versorgung der Migranten führt zwangsläufig zur Vernachlässigung wichtiger Anliegen der einheimischen Bevölkerung ist insbesondere eine Kampfansage an die unterprivilegierten Schichten. Mögliche verteilungspolitische Gegenmaßnahmen der Umverteilung werden zudem die Leistungsträger demoralisieren und zu einer wirtschaftlichen Schwächung Deutschlands führen.
10. Die Angleichung von mehr als 1.000.000 überwiegend mittelloser und ungebildeter Migranten an die hohen deutschen Sozialstandards überlastet das deutsche Sozialsystem und insbesondere die aufgrund demographischer Herausforderungen ohnehin überlasteten Systeme der Kranken- und Rentenversicherung und wird zu höheren Beiträgen bei gleichzeitig abnehmenden Leistungen führen, was mit einer weiteren Demotivierung und Demoralisierung der arbeitenden einheimischen Bevölkerung verbunden ist.

11. Mit dem Verbrauch der ungeheuren finanziellen Mittel zur Bewältigung der Migrationskatastrophe im Inland sinken die Möglichkeiten Deutschlands zur Hilfe in den Herkunftsländern der Migranten dramatisch. Die Migrationskatastrophe ist daher auch eine entwicklungspolitische Katastrophe und damit ein moralisches Desaster – auch wegen des Leids auf den Migrationsrouten, das durch den bewusst bewirkten Sogeffekt vervielfacht wurde.

Im Folgenden begründe ich meine Wahlentscheidung ausführlicher:

## **I. Migration**

Das auf wirtschaftlichem Erfolg gründende weltweit einzigartige deutsche Rechts- und Sozialsystem entfaltet in Zeiten von Fernsehen, Internet und Smartphone eine ungeheure Anziehungskraft auf Millionen von armen Menschen in allen Teilen der Welt. Man kann davon ausgehen, dass etwa zwei Milliarden (!) Menschen sofort in das deutsche Sozialsystem einwandern würden, wenn man sie nur ließe.

Den betreffenden Menschen kann überhaupt kein Vorwurf gemacht werden, dass sie mit aller Kraft und allen Mitteln versuchen, ein besseres Leben in Deutschland zu suchen. Es ist auch verständlich, dass sie nur nach Deutschland wollen, da in Deutschland ein einzigartig einladendes Asylrecht besteht und nach mehreren Jahrzehnten rot-grüner Polit- und Medienhegemonie die nationalen Selbsterhaltungsreflexe im Sinne einer umfassenden Gehirnwäsche weitgehend ausgelöscht wurden, so dass der existenzbedrohenden unkontrollierten Massenimmigration nur noch mit einer geradezu selbstmörderischen „Willkommenskultur“ begegnet wird.

In der 2015 beginnenden Migrationskatastrophe haben alle Systemparteien, also die schwarz-rote Regierung ebenso wie die rot-grüne Opposition im Bundestag komplett versagt. Für das knappe Scheitern der Gegner des „Systems Merkel“, also der AfD und der FDP, bei den Bundestagswahlen 2013 zahlen die Deutschen den ungeheuren Preis von 1.000 Milliarden Euro für die Finanzierung der von diesem Bundestag ausgelösten Migrationskatastrophe. Der sofortige Kollaps des deutschen Sozialstaats wurde nur verhindert, weil verantwortungsvolle Politiker insbesondere aus Österreich und Ungarn – gegen den Widerstand verantwortungsloser deutscher Politiker und Medien - die Balkanroute geschlossen haben.

Das weltweit einzigartig liberale Asylrecht Deutschlands ist in keiner Weise mit dem Phänomen der Massenimmigration zu vereinbaren. Es ist auch vom moralischen Standpunkt her überhaupt nicht einzusehen, warum ein politisch Verfolgter mehr Recht auf Einwanderung in den deutschen Sozialstaat haben sollte als die Ärmsten der Armen in den asiatischen oder afrikanischen Slums, die jeden Tag ums physische Überleben kämpfen müssen. Es ist deswegen nur verständlich, dass diese Menschen alles unternehmen, um irgendwie als politisch Verfolgte oder als Kriegsflüchtlinge gelten zu können. Dies wird ihnen von unfassbar naiven deutschen Grenzbehörden auch sehr einfach gemacht, da es an der Deutschen Grenze als der weltweit einzigen Grenze ausreicht zu behaupten, man habe keinen Pass, stamme aber aus einem Kriegsgebiet.

Dasselbe gilt für Migranten aus Osteuropa. Ein Roma-Chef, der mit seinem Clan in einem deutschen Großstadtpark residiert, hat es auf den Punkt gebracht: „Es ist unendlich viel besser, in Deutschland keine Chance zu haben, als in Rumänien keine Chance zu haben!“ Die Motive für die Massenmigration sind also absolut verständlich, aber Deutschland wird unter der von den rot-grünen Multikulti-Aktivisten angestrebten Aufnahme aller Armutsmigranten dieser Welt in kürzester Zeit zusammenbrechen.

Jeder „Flüchtling“ kostet Deutschland im Verlauf seines Lebens ca. 450.000 Euro. Allein die bis 2018 einwandernden „Flüchtlinge“ werden den deutschen Staat also 1.000 Milliarden Euro kosten. Die Kosten eines einzigen „Flüchtlings“ fressen daher die Steuerzahlungen von 12 Durchschnittsfamilien auf. Mit diesem Geld könnten in unvorstellbarer Weise segensreiche Dinge finanziert werden, von der Bekämpfung der Altersarmut über die Unterstützung von Familien bis hin zur Sanierung der teils maroden Infrastruktur. Selbst mit dem danach noch verbleibenden Geld hätte man allen Migranten in ihren jeweiligen Heimatländern ein sorgenfreies Leben finanzieren können.

Die unkontrollierte Masseneinwanderung wird auf vielfältige Weise in relativ kurzer Zeit zu einem Zusammenbruch des deutschen Wirtschafts-, Sozial- und Rechtssystems sowie im weiteren Verlauf zu sozialen Unruhen führen. Schon heute brechen die Verwaltungsgerichte unter von der Migrationsindustrie produzierten mehreren Hunderttausend verwaltungsgerichtlichen Verfahren zusammen, nur weil die Systemparteien es nicht schaffen, auf die Masseneinwanderung mit einer Anpassung des weltweit einzigartig großzügigen Asylrechts zu reagieren.

Denn das deutsche Asylrecht hat in einer digitalen und mobilen Weltgesellschaft perverse Auswirkungen: Es wurde sehr liberal und großzügig ausgestattet, um tragischen Einzelschicksalen gerecht zu werden. Gerade deswegen zieht es jedoch Millionen von Armutsmigranten aus allen Teilen der Welt geradezu magisch an. Und dann lockt Deutschland diese Millionen von Armutsmigranten zusätzlich noch mit offenen Grenzen ohne Passkontrolle, sofortiger Angleichung an die deutschen Sozialstandards, freundlicher Willkommenskultur, Familiennachzug, Hilfe bei der Wohnungsbeschaffung und großzügiger beruflicher Förderung. Wer als Armer dieser Welt bei solchen Verlockungen nicht kommt, muss verrückt sein. Oder er glaubt es nicht, weil es ja tatsächlich verrückt ist.

Doch unser Sozialsystem, egal ob Renten- oder Krankenversicherung oder Transferleistungen, ist in keiner Weise mit der Masseneinwanderung kompatibel. Spätestens bei der nächsten Wirtschaftskrise wird es zu massiven Leistungskürzungen kommen müssen. Dies wiederum wird den Großteil der deutschen Arbeitnehmer nachhaltig frustrieren und demotivieren. Die Migranten selbst konkurrieren mit deutschen Arbeitslosen um den Niedriglohnsektor oder aber, wenn sie erst einmal die Vorteile von Hartz IV gegenüber Niedriglohn-Beschäftigungen erfahren haben, ziehen sich ganz auf den Empfang von Transferleistungen zurück.

Auch für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland bedeutet die Masseneinwanderung nichts Gutes. Die Masseneinwanderung bildungsferner Muslime wird zu einem deutlichen Rückgang des durchschnittlichen Bildungsniveaus führen, von schlechteren PISA-Ergebnissen bis hin zu einem Rückgang der Patentanmeldungen.

Und es ist Ausdruck größten Zynismus, die Immigration Hunderttausender weitgehend ungebildeter muslimischer Männer mit der „Lösung“ unseres demographischen Problems in Verbindung zu bringen. Wir knebeln unsere 20- bis 40jährigen, bestens ausgebildeten Frauen und Männer mit zumeist schlecht bezahlten Zeitarbeitsverträgen, so dass sie sich entweder ganz gegen eigene Kinder entscheiden oder sich ein Kind nach generalstabsmäßiger Planung im wahrsten Sinne vom Munde absparen. Und als Lösung für diese selbsterzeugte demographische Zeitbombe werden dann Massen an schlecht ausgebildeten, überwiegend männlichen und muslimischen Migranten ins Land geholt? Das kann es wirklich nicht sein! Das ist vielleicht Teil eines Selbstmordprogramms, aber verantwortliche Politik muss anders aussehen.

Mit der spätestens 2015 einsetzenden unkontrollierten Migration Hunderttausender muslimischer Männer ist die Kriminalität in Deutschland massiv gestiegen. In der kurzen Zeit seit diesem einzigartigen Versagen aller fünf damals im Bundestag vertretenen Parteien wurden durch die unkontrolliert immigrierenden „Schutzsuchenden“ zahlreiche bislang in Deutschland gänzlich unbekannte Verbrechen begangen: von der sexuellen Massenbelästigung deutscher Frauen in der Kölner Silvesternacht 2015 durch nordafrikanische Gangs über die gezielten Tötung von Menschen auf einem Berliner Weihnachtsmarkt durch einen tunesischen „Schutzsuchenden“ bis zu Axtangriffen auf Zugpassagiere und die Gruppenvergewaltigung eines minderjährigen Mädchen auf offener Straße durch afghanische „Geflüchtete“.

Die Zahlen der Kriminalitätsstatistik belegen, dass Asylbewerber eine um 1.000 % (!) höhere Kriminalitätsrate als Deutsche aufweisen. Mit der beständigen Zitierung von Einzelbeispielen angeblich erfolgreicher Integration insbesondere muslimischer Immigranten durch die gleichgeschaltete Presse wird die übergroße Mehrheit gescheiter Integrationsversuche propagandistisch überdeckt.

Mit den Begriffen des „Flüchtlings“, des „Geflüchteten“ oder sogar „Schutzsuchenden“ wird man dem Phänomen der Massenimmigration von Wirtschaftsmigranten in keiner Weise gerecht. Es handelt sich vielmehr um eine gezielten Begriffstauschung zur Manipulation der deutschen Öffentlichkeit. Denn die übergroße Zahl der Migranten sind weder politisch verfolgt noch kommen sie aus Kriegsgebieten. Und ein syrischer Flüchtling, der die Türkei erreicht hat, hat (außer dem verständlichen Wunsch nach einem besseren Leben) keinen Grund, ausgerechnet ins 3.000 km entfernte Deutschland weiter „fliehen“ zu müssen. Und außerdem kehrt ein Kriegs-Flüchtling nach Beendigung des Krieges zurück in sein Heimatland, wo er auch dringend beim Wiederaufbau benötigt wird.

Ein besonderes Problem des Migrationsstroms nach Deutschland stellt der hohe Anteil von Muslimen dar. Denn der Islam steht als einzige der großen Weltreligionen in unmittelbarer Verbindung mit einer aggressiven politischen Ideologie. In keinem Land der Welt dominiert ein „aufgeklärter Islam“, der den Vorrang nationaler Gesetze vor der Scharia festlegen würde. Das Gegenteil ist der Fall: Der archaische Islam ist weltweit auf dem Vormarsch. Und die von den Mainstreammedien behauptete Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus gibt es in der muslimischen

Wirklichkeit nicht. Denn der von radikalen Muslimen verübte Terror beruft sich ausschließlich auf verbreitete Lesarten von Koran und Scharia.

Und der Islam hat es bereits geschafft, die politischen Themen in Deutschland und in der gesamten westlichen Welt zu diktieren. Die Deutschen empfinden es offensichtlich bereits als normal, dass durchschnittlich fast 50% der Hauptnachrichten Themen gewidmet sind, die direkt mit dem Islam zu tun haben, egal ob es sich um den weltweiten islamischen Terror, die Kriege in Syrien, Irak und Afghanistan, muslimisch dominierte No-Go-Areas in deutschen Großstädten, die Verbreitung von Kopftuch und Niqab im öffentlichen Raum oder Sexualdelikte muslimischer „Schutzsuchender“ in Deutschland handelt. Für die Berichterstattung über nicht-islamische Themen bleibt immer weniger Zeit.

Dennoch ist es absurd zu behaupten, der Islam gehöre zu Deutschland. Denn zum Islam gehört die Scharia. Und die Scharia ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Die gebetsmühlenartig wiederholten Sprüche von Politikern der Systemparteien, die muslimischen Migranten müssten den Vorrang des Grundgesetzes vor der Scharia anerkennen, sind nichts als inhaltsloses Gerede. Die muslimischen Migranten werden dies nicht tun. Und sie können es auch gar nicht, weil ihre Religion es ihnen verbietet.

Auch die immer wieder herangezogenen Beispiele für gelungene Integration sind die seltene Ausnahme von der überwältigenden Regel. Es ist schlichte Selbsttäuschung, wenn immer wieder „verstärkte Anstrengungen“ zu besserer Integration beschworen werden. Der Großteil der Muslime will und wird sich nicht integrieren.

Die muslimische Massenimmigration in Verbindung mit der naiven „Willkommenskultur“ und der Tabuisierung jeglicher Islamkritik führt schleichend, aber unweigerlich zu einer allmählichen Unterwerfung der nicht-muslimischen Bevölkerung Deutschlands. In einigen großstädtischen Vierteln wie in Berlin-Neukölln ist dies bereits heute der Fall. Dort wird die Immigration Hunderttausender homophober, judenfeindlicher und frauenverachtender muslimischer Männer mit überwiegender Integrationsverweigerung von einer grenzenlos naiven links-grünen Szene als willkommene Bereicherung des Multi-Kulti-Milieus begrüßt.

Definitionsgemäß haben solche „Gutmenschen“ ethisch hochstehende Motive, bewirken aber durch systematisches Übersehen wichtiger Nebenbedingungen die totale Katastrophe. Die naive „Willkommenskultur“ dieser Gutmenschen und deren extreme Verstärkung durch die rot-grüne Medien- und Politikhegemonie hat in Deutschland – im Unterschied zu allen anderen europäischen Staaten – die Migrationskrise zur Migrationskatastrophe verstärkt. Und um es anders auszudrücken: Die „Willkommenskultur“ hat die AfD geradezu zwangsläufig in den Bundestag gebracht. Denn es gibt noch Wähler, die dieses Land nicht verantwortungslosen Systemparteien und einem linken Mob überlassen werden.

## **II. Politik und Medien**

Mehr als 80% der deutschen Journalisten bekennen sich zu SPD, Linken oder Grünen und sind daher in keiner Weise repräsentativ für die Verteilung politischer Einstellungen in Deutschland. Dies ist auch das Ergebnis der Zweiteilung deutscher

Berufskarrieren im Nachkriegs-Deutschland: Während konservativ-liberale Geister sich überwiegend dem weiteren wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands verschrieben hatten, konnten linke und grüne Überzeugungstäter die Redaktionsstuben und die Posten bei Nicht-Regierungs-Organisationen stürmen, um eine links-grüne Medien- und Meinungshegemonie zu errichten.

Hinzu kommt die einzigartige Attitüde deutscher Journalisten, nicht etwa neutral zu berichten, sondern im Stil autokratischer Regime einen penetrant edukativen Stil an den Tag zu legen. Die Hauptnachrichten und die politischen Magazine insbesondere der quasi-staatlichen Sender ARD und ZDF trafen vor offensichtlichen Manipulationsversuchen, die bei der Sprachmelodie und der Wortwahl beginnen, sich in der Themenauswahl und der Präsentation von Fake News fortsetzen und bei hetzerischen Kommentierungen enden.

Begleitet wird dies durch eine schier grenzenlose Bereitschaft zur Versklavung der Sprache für manipulative Zwecke. So wird auf der ersten Eben der Manipulation aus der korrekten Bezeichnung des Migranten der „Flüchtling“, obwohl die meisten Migranten eben Wirtschaftsmigranten und daher gerade keine „Flüchtlinge“ im eigentlichen Sinne sind. Doch dieser Manipulationsschritt reicht den von rot-grünen Ideologen beherrschten Mainstreammedien zur Desinformation ihrer Leserschaft nicht aus. So werden aus den „Flüchtlingen“ die bereits durch die Bildkraft des Wortes Mitleid und Unterstützung erheischenden „Schutzsuchenden“.

Oder man verunstaltet die Sprache noch heftiger, indem man die Migranten kollektiv ins Partizip Perfekt führt und zu „Geflüchteten“ macht, obwohl das zur Flucht des „Flüchtlings“ gehörende Verb „fliehen“ ist und nicht „flüchten“. Ungewollt haben die linken Sprachmanipulatoren damit eine viel stärker stigmatisierende Bezeichnung geschaffen, die auf eine erhöhte Kriminalitätsrate unter den „Geflüchteten“ hinweisen könnte: Denn der Dieb flüchtet, der Flüchtling dagegen flieht.

Im Ergebnis bieten die vom links-grünen Mainstream dominierten Medien das Bild einer gleichgeschalteten Presse. Ob es sich um eine autoritär erzwungene oder um eine durch gleichförmige politische Auffassungen und durch den Druck der Schweigespirale „freiwillig“ erfolgte Gleichschaltung handelt, ist für das Ergebnis unerheblich.

Der Fall des deutsch-türkischen Schriftstellers Akif Pirinçci ist noch in bester Erinnerung: In einer in weiten Teilen durchaus fragwürdigen Rede am 19. Oktober 2015 in Dresden, also auf dem Höhepunkt der unkontrollierten Massenimmigration nach Deutschland, unterstellte er den Systemparteien, diese würden die Kritiker der unkontrollierten Massenimmigration wohl am liebsten in KZs stecken, und sagte dann: „Aber die KZs sind ja leider derzeit außer Betrieb.“ Diese Formulierung ist aus verschiedenen Gründen nicht glücklich, aber darum geht es hier gar nicht. Denn Pirinçci hatte *den Regierenden* vorgeworfen, dass sie die protestierenden Bürger wohl am liebsten ins KZ stecken wollten. In praktisch allen deutschen Medien wurde dann jedoch mit großem Protestgeheul die diffamierende Fake News verbreitet, Pirinçci habe im Zusammenhang mit Flüchtlingen die Wiedereröffnung von KZs gefordert.

Wie bei anderen vergleichbaren Fake-News-Kampagnen der gleichgeschalteten Medien funktionierte die Lauffeuer-Masche auch hier nach folgendem Prinzip: Ein

erstes, zumeist besonderes hetzerisches linkes Medium formuliert die diffamierende Fake News und alle anderen gleichgeschalteten Medien übernehmen sie ohne irgendeine weitere journalistische Prüfung, weil sie ja ins Grundmuster der Hetz- und Hasskampagnen gegen „rechtes“ Gedankengut passt.

Die gleiche Masche wurde beim Interview des Mannheimer Morgens mit der damaligen AfD-Vorsitzenden Frauke Petry am 30. Januar 2016 angewandt. Im Zusammenhang mit möglichen Maßnahmen zu der von der AfD geforderten Unterbindung unkontrollierter Massenimmigration wurde vom „Mannheimer Morgen“ nach einem „Schießbefehl“ an der deutschen Grenze gefragt. Darauf sagte Frau Petry: „Ich habe das Wort Schießbefehl nicht benutzt. Kein Polizist will auf einen Flüchtling schießen. Ich will das auch nicht. Aber zur Ultima Ratio gehört der Einsatz von Waffengewalt. Entscheidend ist, dass wir es so weit nicht kommen lassen und über Abkommen mit Österreich und Kontrollen an EU-Außengrenzen den Flüchtlingszustrom bremsen.“

Ein absolut klares und legitimes Statement! Dennoch dominierte am nächsten Tag in der gleichgeschalteten bundesweiten Medienlandschaft die Fake News, Frau Petry habe den Schusswaffeneinsatz gegen Migranten gefordert. Statt also die ungeheuerliche Aussage der Bundeskanzlerin zu hinterfragen, Deutschland könne seine Grenzen nicht gegen anstürmende Migranten schützen, wurde die einzige Partei, die sich zum gesetzlichen verankerten Schutz unserer Grenzen gegen illegales und gewalttätiges Eindringen bekannte, medial regelrecht auseinandergenommen.

Mainstreammedien und Systemparteien kritisieren immer wieder einzelne EU-Länder, die sich gegen die als existenzbedrohend eingeschätzte deutsche Einladungs- und Willkommenspolitik zur Wehr setzen, als „Geisterfahrer“. Mal ist es Ungarn, mal Tschechien, mal Polen, mal Österreich. Inzwischen erinnert die deutsche Migrationspolitik stark an die bekannte Reaktion des Geisterfahrers auf die Geisterfahrerwarnung im Verkehrsfunk: „Was? Einer? Alle!“

Und dann noch eine Bemerkung zum penetranten Versuch links-grüner Politiker und Mainstreammedien, das „Deutsche Volk“ aus dem Sprachwortschatz zu streichen: Nach der Präambel des Grundgesetzes hat sich „das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“ Weiter heißt es wörtlich: „Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.“ In Art. 1 Abs. 2 heißt es dann: „Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten....“ Nach der Definition des Grundgesetzes ist also das „Deutsche Volk“ die oberste verfassungsgebende Instanz. Linke Hetzer in Politik und Medien reden zwar wie selbstverständlich vom „Palästinensischen Volk“, verunglimpfen aber alle diejenigen, die heute den Begriff des „Deutschen Volkes“ in den Mund nehmen und die Interessen des „Deutschen Volkes“ in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen, als „völkisch“ und „Nazis“.

In Wahrheit sind es also diese Leute, die sich verfassungswidrig verhalten, wenn sie den Souverän, also das „Deutsche Volk“ verunglimpfen. Die linken Hetzer sollten daher aufmerksam Artikel 20 des Grundgesetzes studieren. Dort heißt es: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. ...Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung...gebunden. Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen,



haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Wie weit die hetzerische Verirrung der politischen Auseinandersetzung durch den links-grünen Mainstream bereits getrieben wurde, wird auch an deren Charakterisierung der politischen Einstellung anhand der rechts-links-Klassifizierung deutlich. Während über mehr als 150 Jahre „rechte“ Politik vorurteilsfrei insbesondere als wertkonservativ und sicherheitsorientiert definiert war, wurde „rechts“ in den letzten Jahren vom rot-grünen Mainstream gezielt mit „rechtsextrem“ gleichgestellt und damit unter moralischen Generalverdacht gestellt. Im Ergebnis werden von diesen rot-grünen Hetzern alle „rechten“ Einstellungen und Politikansätze als Wiedergänger des Nationalsozialismus verunglimpft, die von allen moralisch Aufrechten entschieden zu bekämpfen seien. Dass damit der links-grüne Mainstream selbst zur intolerantesten und demokratiefeindlichsten Einstellung seit 1945 geworden ist, wird – wie in totalitären Echokammern seit jeher üblich – systematisch ausgeblendet.

### **III. Alternative für Deutschland (AfD)**

Für mich ist die AfD eine liberal-konservative Partei und besetzt diejenigen Werte-, Einstellungs- und Meinungsspektren, die von den Unionsparteien bei ihrem Marsch nach links und durch ihre bedingungslose Unterordnung unter eine quasi-autoritär und prinzipienlos regierende Kanzlerin aufgegeben wurden. Das Attribut „populistisch“ ist eine inhaltslose Schmähbezeichnung linker Meinungsmacher, die insbesondere von den Staatsmedien als negativ konnotierter Kampfbegriff gegen die AfD verwendet wird, aber im Hinblick auf die unterstellte gezielte „Volksnähe“ des politischen Programms auf die SPD, die Linke und die Grünen ebenso zutrifft wie auf die AfD.

Die Unterstellung von Systemparteien und gleichgeschalteten Medien, die AfD sei eine Ein-Themen-Partei, ist ausweislich des Parteiprogramms unrichtig. Wenn es jemals im Deutschen Bundestag eine Ein-Themen-Partei gegeben hat, dann sind es die Grünen. Allerdings bietet die AfD in der Tat als einzige Partei Antworten und Lösungsvorschläge für die Migrationskatastrophe und damit für das derzeit mit Abstand wichtigste Problem Deutschlands. Auch ein Patient mit einer lebensbedrohlichen Erkrankung wählt genau denjenigen Arzt, der seine Erkrankung behandeln kann, und nicht denjenigen, der in diesem entscheidenden Punkt versagt, aber dafür Angebote für alle möglichen Bagatellerkrankungen wie Schnupfen oder Fußpilz vorhält.

Die Hetze gegen die AfD in Form der Bezeichnung führender Vertreter als „Nazis“ entspricht einer unerträglichen und unverantwortlichen Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus. In Teilen der Bevölkerung kann diese „Strategie“ der Systemparteien und der gleichgeschalteten Medien den Eindruck bewirken, so schlimm könne der Nationalsozialismus also gar nicht gewesen sein. Dabei ist bestens belegt, dass die übergroße Mehrheit sowohl der Parteiführung als auch der AfD-Wähler der bürgerlichen Mitte Deutschlands angehören. Und solange linke Hetzer wie Ralf Stegner und Heiko Maas Mitglieder der SPD-Führung sein dürfen, kann es keine Einwände dagegen geben, dass national-konservative Politiker wie Björn Höcke und André Poggenburg der AfD-Führung angehören.

Die AfD war in ihren Wahlkämpfen stets einer im Nachkriegs-Deutschland nie dagewesenen Hetze und Hasskampagne durch Vertreter der links-grünen Medien- und Politikhegemonie ausgesetzt. Mit dieser Hetze gegen die AfD sollen die unfassbaren Fehlentscheidungen im Angesicht der Migrationskatastrophe verschleiert und jegliche Form eines gesunden Patriotismus mundtot gemacht werde. Alle Abwehrreflexe, die eine unkontrollierte Massenimmigration und insbesondere den unverantwortlichen Umgang der deutschen Politik mit diesem Phänomen kritisieren, sollen ausgeschaltet werden.

Das Ausmaß der Bedrohung des grundgesetzlich geschützten Rechts der AfD auf politische Betätigung ist einzigartig in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die ungeheuerlichen Bilder von der durch führende rot-grüne Politiker mitorganisierten körperlichen Bedrohung der AfD-Delegierten beim Bundesparteitag im April 2017 in Köln haben Erinnerungen an die mörderische Hetze gegen Andersdenkende in den dunkelsten Jahren der deutschen Geschichte wachgerufen. In Köln war die berüchtigte Prognose des italienischen Sozialisten Ignazio Silone zum Greifen nahe: *„Wenn der Faschismus wiederkehrt, wird er nicht sagen: ‘Ich bin der Faschismus’. Nein, er wird sagen: ‘Ich bin der Antifaschismus’.“*

Das zugrundeliegende Prinzip zeigt auch der Auftritt der SPD-Bundestagsabgeordneten Michaela Engelmeier am Abend des 24. September 2017, als sie kurz nach Bekanntwerden ihres verpassten Wiedereinzugs in den Bundestag vor laufender Kamera sagte: „Ich habe gerade aus Berlin gehört, dass die AfD gerade einen Fackelzug zum Reichstag plant. Es gibt die ersten Demonstrationen auf der Straße. Da sage ich, ich könnte brechen.“ Tatsächlich gab es in Berlin eine Demonstration, aber nicht etwa den mit schamloser Anspielung auf den 30. Januar 1933 unterstellten „Fackelzug zum Reichstag“, sondern ausschließlich die Gewaltdemonstration eines von den Systemparteien aufgestachelten links-grünen Hetzer-Mobs, der im Stil der Nazi-SA die von 6 Millionen Bürgern gewählten AfD-Abgeordneten bedrohte.

Es ist unfassbar, dass mehr als 70 Jahre nach dem Sieg über den deutschen Faschismus sich wieder eine feige Masse faschistoider rot-grüner Hetzer zusammenrotten kann, um liberal-konservative Patrioten am Engagement in einer Partei zu hindern, die insbesondere das Ziel verfolgt, Deutschland vor dem Untergang im Strudel der Migrationskatastrophe zu bewahren.

Zum ersten Mal seit 1933 gehört wieder unglaublicher Mut dazu, sich auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene für eine demokratische Partei zu engagieren. Für mich sind die AfD-Politiker die heutigen Helden der Demokratie. Solange die politische Betätigung von Bürgern in der AfD behindert und bedroht wird durch einen von Politikern der Systemparteien und linken Hetzer-Medien aufgestachelten Mob, ist es die demokratische Pflicht eines jeden demokratisch gesinnten Deutschen, die AfD zu unterstützen.

Massive Nebelkerzen werden von den Systemparteien auch geworfen hinsichtlich der angeblich von der AfD geschürten Ängste. Ganz vorne dabei sind hier ausgerechnet die Grünen, obwohl gerade die Politik der Grünen seit ihrer Gründung nur auf das Spiel mit den Ängsten der Bürger setzt, vom Waldsterben über die Atomkraftwerke bis zur

Umweltvergiftung durch Dieselaautos. Fast überflüssig zu erwähnen, dass die grüne Angstlobby gleichzeitig beste Geschäfte mit der von ihr gepamperten Industrie macht.

Doch diejenigen Bürger, die die AfD unterstützen, haben überhaupt keine Angst. Sonst würden sie sich angesichts der massiven Einschüchterungskampagne der vereinten Systemparteien und Staatsmedien resignieren. Statt Angst haben diese Bürger die klare Überzeugung, dass die Politik der Großen Koalition und der links-grünen „Opposition“ im Angesicht der Migrationskatastrophe komplett versagt hat.

Statt Angst zu haben, treten diese Bürger der unkontrollierten Massenimmigration entschieden entgegen. Sie wehren sich gegen den von einer verantwortungslosen Politik billigend in Kauf genommenen Zusammenbruch unseres Rechts- und Sozialsystems. Sie wehren sich gegen die staatlich gesteuerte Diskriminierung der einheimischen Bevölkerung auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Sie wehren sich gegen die sich abzeichnenden katastrophalen Auswirkungen der unkontrollierten Immigration Tausender überzeugter IS-Sympathisanten und Zehntausender gewaltbereiter, frauenverachtender und jüdenfeindlicher muslimischer Männer, die von linken Gutmenschen verharmlosend als „Schutzsuchende“ bezeichnet werden.

Die AfD ist die einzige Partei, die sich erkennbar dafür einsetzt, dass ich in Berlin-Neukölln wieder mit meinen beiden kleinen Enkeln spazieren gehen kann, ohne dass sie wegen ihrer Kippa von muslimischen Kopftuch-Mädchen auf offener Straße belästigt werden.

Der Kampf der Systemparteien und der ihnen ergebenden Medien gegen die AfD beruht auf vier gemeinsam getragenen Strategien:

- Schüren von Ängsten vor der AfD in der Bevölkerung
- Diffamierung und Streuen von Fake News
- Ausgrenzung, Hetze und Hass
- Gewaltandrohung und Gewaltanwendung gegen die Mitglieder und insbesondere die Repräsentanten der AfD

Damit wenden die Altparteien exakt diejenige Mittel zur gezielten Ausschaltung einer demokratischen Partei an, die sie der AfD bei deren Kampf gegen die Migrationskatastrophe fälschlicher Weise vorwerfen. In der Psychologie gibt es für vergleichbare Phänomene den Begriff der „Übertragung“.

Ein gutes Beispiel ist der Umgang mit der Kriminalitätsstatistik im Hinblick auf Straftaten mit links- oder rechtsextremem Hintergrund. Seit Jahren ist die Zahl linksextremer Gewaltverbrechen höher als die Zahl rechtsextremer Gewaltverbrechen. Dennoch werden mehr als 90% der staatlichen Gelder zur Prävention politisch motivierter Gewalt in die Prävention rechtsextremer Gewalt gesteckt. Die links motivierte Gewalt wird vom links-grünen Mainstream schlichtweg ignoriert oder sogar noch moralisch überhöht. Und als Argument wird die deutlich größere Zahl rechter Bagatelldelikte herangezogen. Die resultiert jedoch aus dem in diesem Punkt weltweit einmaligen deutschen Strafrecht, wonach eine Hakenkreuz-Schmiererei auf einer Hauswand hierzulande als politische Straftat gilt, eine Schmiererei mit links-terroristischen Symbolen wie dem RAF-Kennzeichen dagegen nicht.

Ein weiteres Beispiel: der größte mediale Aufreger dieses Jahres war der folgende Satz des thüringischen AfD-Vorsitzende Björn Höcke am 17. Januar 2017 in Dresden: *„Wir Deutschen sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.“*

Zur Erinnerung: Fast 20 Jahre vorher, am 30.11.1998, schrieb Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein im „Spiegel“: *„Nun soll in der Mitte der wiedergewonnenen Hauptstadt Berlin ein Mahnmal an unsere fortwährende Schande erinnern. Anderen Nationen wäre ein solcher Umgang mit ihrer Vergangenheit fremd.“*

Damit hat Björn Höcke nichts anderes gesagt als zuvor Rudolf Augstein. Doch solche Fakten spielen in der Hetze gegen die AfD offenbar überhaupt keine Rolle. In Politik und Medien wird sofort unterstellt, Höcke als ehemaliger Gymnasiallehrer habe bewusst die „Doppeldeutigkeit des Genitivs“ genutzt, um das Berliner Holocaustmahnmal mit antisemitischem Hintergrund als „schändliches Denkmal“ zu diffamieren. Dabei hat Höcke für jeden, der sich in der deutschen Sprache ebenso auskennt wie in Geschichte und Länderkunde, eindeutig darauf Bezug genommen, dass das deutsche Volk als „einziges (!) Volk“ das Denkmal seiner größten Schande an zentraler Stelle seiner Hauptstadt errichtet hat.

Wegen der Betonung des einzigen (!) Volks gibt überhaupt nur dieses Verständnis Sinn, denn – wie schon Augstein festgestellt hatte – hat keine andere Nation in ihrer Hauptstadt ein Denkmal, das an seine „fortwährende Schande“ erinnert. „Schändliche Denkmäler“ – also die Lesart, die Höcke fälschlich unterstellt wurde – gibt es dagegen zuhauf in vielen Hauptstädten dieser Welt. Man denke nur an das 1992 von der Königinmutter sinniger Weise vor der Londoner Hauskirche der Royal Air Force enthüllte Denkmal für Bomber-Harris, den britischen Erfinder des „Moral Bombing“, den niemals angeklagten Kriegsverbrecher und Zerstörer zahlloser deutscher Städte, der damit lange vor dem IS-Terrorismus auch das Prinzip des „Body Counts“ erfand, indem er – ohne ein militärisches Ziel – einfach so viele deutsche Zivilisten wie möglich umbringen wollte und auch umgebracht hat.

Ich teile Höckes Abneigung gegen das Holocaustmahnmal überhaupt nicht, aber hier geht es um intellektuelle Redlichkeit. Was ihm unterstellt wurde, hat er nicht gesagt und auch nachweislich nicht gemeint. Denn Höcke hat zunächst einmal selbstverständlich den Holocaust als Schande für das deutsche Volk ausdrücklich anerkannt, so dass die Unterstellung einer Holocaustleugnung oder einer Beleidigung der ermordeten Juden schlicht Nonsens ist. Sein Punkt war vielmehr, dass andere Nationen ebenfalls schändliche Verbrechen gewaltigen Ausmaßes begangen haben, ohne an zentraler Stelle ihrer Hauptstadt daran mit einem ebenso gewaltigen Monument zu erinnern.

Denn steht in Washington ein Denkmal für den Genozid an den Indianern, für die Versklavung und Ausbeutung der schwarzen Bevölkerung, für die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki oder für die unsäglichen Verbrechen in Vietnam? In Moskau ein Denkmal für die Millionen Opfer stalinistischen Terrors oder die Massenvergewaltigung von mehr als einer Million deutscher Frauen? In London ein Denkmal für die unzähligen Opfer des britischen Kolonialismus oder die Beteiligung am verbrecherischen Aggressionskrieg gegen den Irak? In Paris ein Denkmal für die

unfassbaren Verbrechen am Algerischen Volk? In Den Haag ein Denkmal für die Hunderttausende von Toten des verbrecherischen Sklavenhandels? In Ankara ein Denkmal für den Völkermord an den Armeniern? In Tokio ein Denkmal für die Millionen ermordeter Chinesen? In Peking ein Denkmal für die Millionen Opfer der Kulturrevolution?

Nein, keine andere Nation hat Vergleichbares gemacht wie die deutsche. Und das kann nicht nur mit der Singularität des Holocausts erklärt werden. Nur darauf zielte Höcke. Man muss seine Meinung nicht teilen. Es gibt zurecht viele Deutsche wie mich, die stolz auf das Holocaustmahnmal und den daran erkennbaren offenen Umgang Deutschlands mit den Verbrechen der Vergangenheit sind. Aber als Demokrat lege ich größten Wert darauf, dass es möglich sein muss, die Gegenposition zu vertreten, nämlich dass man den Bau dieses Mahnmals – wie 20 Jahre zuvor Rudolf Augstein – für falsch hält, ohne – und zwar von einer landesweit gleichgeschalteten Presse – sofort als Faschist oder Antisemit diffamiert zu werden. Auch in London haben selbstverständlich viele Briten gegen das Denkmal für Bomber-Harris protestiert, (weil es nämlich zugleich – ungewollt – ein Denkmal der Schande und ein schändliches Denkmal ist,) ohne dafür als Nazis diffamiert zu werden.

Und der Grund für die Kritik Höckes am Holocaustmahnmal ist ja durchaus diskussionswürdig: Alle anderen Nationen verschweigen ihre Schandtaten und feiern ihre Geistesgrößen, während die Deutschen ihre Geistesgrößen verschweigen und ihre Schandtaten herausstellen. Von diesem deutschen Selbsthass bis zur nationalen Selbstaufgabe mit stürmischer Begrüßung Hunderttausender illegaler Wirtschaftsmigranten war es offenbar nur ein kleiner Schritt. Das eine hat offenbar mit dem anderen zu tun; darauf hat Höcke hingewiesen und auch deswegen fordert er eine „erinnerungspolitische Wende“, um schon in unseren Schulen nicht nur immer wieder an die nationalsozialistischen Verbrechen zu erinnern, sondern auch wieder verstärkt auf die großartigen Leistungen deutscher Philosophen, Künstler, Wissenschaftler und Erfinder aufmerksam zu machen und den deutschen Nachwuchs dafür zu begeistern.

Mit dieser Anregung ist Höcke keineswegs allein. Fast alle unsere europäischen Nachbarn betrachten die deutsche „Willkommenskultur“ mit großer Skepsis. In einem Schengen-Europa fürchten sie, ungefragt und gegen ihren Willen in diese suizidale Form der deutschen Vergangenheitsbewältigung einbezogen zu werden.

Der „Fall Höcke“ belegt exemplarisch diese intellektuell unredliche und zutiefst undemokratische Art von Systemparteien und gelenkten Medien, eine absolut legitime, wenn auch Vielen unangenehme Meinungsäußerung sofort im Keim unterdrücken zu wollen, indem man sie – oft begleitet von hanebüchenen Unterstellungen – als faschistisch diffamiert. Zumal man damit den tatsächlichen Faschismus in unerträglicher Weise verharmlost.

Teil der Diffamierungsstrategie ist auch die permanente journalistische Befeuerung der Legende, die AfD würde immer wieder in strategisch gezielter Weise Grenzüberschreitungen unternehmen, die Aufmerksamkeit erzeugten, um sie dann wieder zurückzunehmen. Dass man im Wahlkampf einmal überspitzen kann und dann in einer späteren Talkrunde den Ball flacher hält, oder dass es in einer Partei einmal

verschiedene Meinungen zum selben Thema geben kann: all das wird von Systemparteien und gleichgeschalteten Medien den Systemparteien selbst natürlich zugestanden, bei der AfD aber gar nicht erst in Erwägung gezogen. Stets wird eine gezielte und perfide Strategie unterstellt.

Wenn dagegen Kanzleramtsminister Altmeier im Stile eines Autokraten kurz vor den Bundestagswahlen die skandalöse und demokratieverachtende Parole ausgibt, man möge lieber zu Hause bleiben als AfD zu wählen, und sein Parteikollege, Innenminister de Maizière, dem tags darauf richtiger Weise energisch widerspricht, so ist das für die Journalisten der gleichgeschalteten Medien ein völlig normaler Vorgang und wird auch von keinem Oppositionspolitiker als „gezielte Eskalationsstrategie“ verstanden.

Diese Einseitigkeit der Berichterstattung und Kommentierung setzte sich nach den Bundestagswahlen am 24. September 2017 fort. Der AfD-Politiker Gauland sagte: „Wir werden die Regierung jagen!“ Er nahm damit selbstverständlich Bezug auf die Verantwortung der auch die neue Regierung tragenden Politiker für die von ihnen verursachte Migrationskatastrophe. Und insbesondere zitierte er damit den damaligen Grünen-Sprecher Ludger Volmer, als dieser nach den für die Grünen verlorenen Bundestagswahlen 1994 sagte: „Wir werden den Kanzler jagen.“ Dennoch entblödete sich ausgerechnet die Alt-Grüne Claudia Roth nicht, Gauland mit den Worten zurecht weisen zu wollen, der Bundestag sei kein Jagdrevier.

Und Andrea Nahles erklärte nach ihrer Wahl zur neuen SPD-Fraktionsvorsitzenden in Richtung CDU und CSU: „Ab morgen kriegen sie eins in die Fresse.“ Eigentlich überflüssig zu erwähnen, dass „Spiegel Online“ im Stil eines linksextremen Hetzmediums sofort in die linke Echokammer hinein kommentierte, Nahles und zuvor Volmer hätten so sprechen dürfen, Gauland aber nicht. Das Rezept der linken Hetzer ist ganz einfach: Man macht Leute wie Björn Höcke, deren Meinung man nicht mag, ganz einfach zu Faschisten, und spricht Politikern wie Gauland, die sich nicht von den angeblichen „Faschisten“ distanzieren, alle bürgerlichen Freiheiten und politischen Rechte ab. Um es klar zu sagen: Mit solchen Kommentaren, in denen die Prinzipien der Demokratie verhöhnt werden, hat „Spiegel Online“ höchstselbst den Schritt vom linken Hetzblatt zu einem faschistoiden Medium in bester „Stürmer“-Tradition definitiv geschafft.

Es stellt sich auch wegen solcher Beispiele die Frage, für wie dumm deutsche Politiker und Journalisten die deutschen Wähler eigentlich halten. Oder anders ausgedrückt: am Ende können eigentlich nur noch die Dummen dieses Landes, die auf solch primitive Manöver hereinfliegen, die Systemparteien wählen.

Sigmar Gabriel hat die verhängnisvolle Aussage gemacht, es gebe keine Entschuldigung dafür, AfD zu wählen. Man muss dem noch nicht einmal die Tatsache entgegenhalten, dass alle fünf Systemparteien in der Migrationskatastrophe jegliches Vertrauen verspielt haben. Denn allein dieser eine Satz hat mich und sechs Millionen Deutsche in ihrer Überzeugung bestärkt: Es gibt angesichts solcher Maßlosigkeit der Systemparteien keine Entschuldigung dafür, nicht AfD zu wählen.